

Kommunale Daseinsvorsorge – Ergebnisse und Erfahrungen bei der Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Leistungen

Nicht oft, aber immer mal wieder, finden zentrale Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen unseres KOPOFOR nicht in Erfurt statt. So auch am 30. Juni dieses Jahres, als wir auf Einladung des Wahlkreisbüros von Michael Reimann im Schmöllner Ratskeller unsere Veranstaltung zum Thema kommunale Daseinsvorsorge durchgeführt haben.

Die Daseinsvorsorge, eigentlich ein verwaltungsrechtlicher Begriff, sorgt in den Kommunalen Vertretungen, aber auch auf Landes- und Bundesebene immer wieder für politische und sozialwissenschaftliche Diskussionen, wenn es um die Leistungsfähigkeit und den Aufgabenkatalog für kommunalwirtschaftliche Betrieben geht. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, und damit auch die Tätigkeit im Rahmen der Daseinsvorsorge, wird durch die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung aus Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz geschützt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip, abgeleitet aus der Thüringer Kommunalordnung, soll der Staat nur solche Aufgaben an sich ziehen, die die Kommune nicht selbst ausführen kann.

Wenn wir heute über Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft sprechen, spielen auch immer wieder Fragen und Probleme der Privatisierung eine entscheidende Rolle, die Begriffe werden zunehmend polarisierend aufgefasst. Aus Sicht der Linken sehen wir den Staat in erster Linie als "Gewährleistungsstaat" an und räumen den Begriffen eine besondere und wichtige Rolle ein. Dagegen halten liberale bzw. neoliberale Politiker das Ende der Daseinsvorsorge für gekommen. Seit der fortschreitenden Privatisierung ist zu beobachten, dass viele Betätigungen der Daseinsvorsorge heute mit privaten Anbietern konkurrieren müssen oder bereits von Privaten wahrgenommen werden. Dazu trägt auch die fortschreitende Europäisierung des Wirtschaftsrechts bei.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen insbesondere die Bereiche „Wohnungspolitik“ und „Krankenhäuser“. In beiden Politikfeldern sind rasante Entwicklungen zu beobachten.

Wohnungspolitik

Erinnert wurde an die Diskussionen zu den Wohnungsverkäufen in Dresden oder Erfurt. Die immer enger werdenden finanziellen Spielräume der Kommunen verlangten auch unseren kommunalen Abgeordneten viel ab, der Entscheidungsdruck war enorm. Herr Peter Demut, Geschäftsführer der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH, informierte die Teilnehmer über die Situation der Wohnungspolitik am Beispiel seiner GmbH in Schmölln und lud im Anschluss zu einem informativen Stadtrundgang ein. In der vorausgegangenen Diskussion wurde allen deutlich, dass es sich beim kommunalen Wohnungsbestand nicht um das „Tafelsilber“ der Kommunen, sondern um „Saatkartoffeln“ handelt. Auch wenn der Kauf und Verkauf von Wohnungen zum Geschäft einer Wohnungsgesellschaft gehört, sind die Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Die Haushaltsprobleme in den Kommunen werden oft nur kurzfristig gelöst, aber die Folgekosten, auch für die Bürgerinnen und Bürger, sind oft um ein vielfaches höher.

Gesundheitswesen und Krankenhäuser

Ausgehend von der Krankenhauslandschaft in Thüringen, 12 Häuser sind bereits privatisiert, 18 werden öffentlich geführt und 13 Häuser befinden sich in freier Trägerschaft, erfuhren die Teilnehmer viel wissenswertes über die gesetzlichen Grundlagen und die Veränderungsprozesse in den Thüringer Häusern. Die Auslagerung der Verwaltungsstruktur durch GmbH-Gründungen, die Entpolitisierung in den Aufsichtsräten, neue Formen des Managements und der Personalvertretung sollen für schnellere Entscheidungswege und Kostenreduzierungen dienen.

In der Ostthüringer Zeitung war am 19. Juni zu lesen, dass sich in Altenburg ein Medizinisches Versorgungszentrum etabliert hat und dafür in Schmölln Nachholbedarf vorhanden sei. Wie sich die Situation der Krankenhauslandschaft in Thüringen darstellt, darüber informierte Dr. Anne Urschll, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Linksfraktion für den Bereich Gesundheitspolitik. Viele Medizinische Versorgungszentren, von denen sich bisher noch keins im ländlichen Raum etabliert hat, bilden den sogenannten „Drehtüreffekt“ für Krankenhäuser.

Allen Anwesenden war klar, dass die Krankenhäuser in den Regionen ein hohes soziales Gut sind. Nicht nur, weil damit die flächendeckende Verfügbarkeit von medizinischer Hilfe in Notfällen, auch Nachts und am Wochenende, bei Epidemien und Katastrophen sichergestellt wird. Sie spielen eine wichtige Rolle in der regionalen Wirtschaftsstruktur. Die Entscheidung gegen ein Krankenhaus führt dazu, dass die Grundlage für die medizinische Daseinsvorsorge entzogen wird.

Maßnahmen zur Privatisierung werden immer wieder damit begründet, dass sie dazu beitragen, die Kosten weiter zu senken. Besonders im Gesundheitswesen sind die Auswirkungen auf die Kostenstrukturen aber nicht alles. Patienten haben ein Recht auf freie Arztwahl und dürfen den Rabattverträgen zwischen den Krankenkassen und den Pharmaunternehmen nicht schutzlos ausgeliefert werden.

Einen Blick über den Thüringer Tellerrand hinaus verschaffte uns Frau Dora de la Vega aus der Stadt Cordoba in Argentinien. Sie erläuterte, wie nach der Zerschlagung des staatlichen Gesundheitswesens in Argentinien mit Hilfe einer Gesundheitsgenossenschaft die medizinische Versorgung der Bevölkerung aufrecht erhalten wurde und ermunterte die Teilnehmer ständig nach Alternativen gegen geplante Privatisierungen zu suchen.